



Geschäftszeichen

**Erklärung zur Eignung gemäß § 48 VgV, §§ 31, 35 UVgO**

Hinweis:

*Im Falle dessen, dass der Sitz des Unternehmens außerhalb der Bundesrepublik Deutschland ist, bezieht sich die vorliegende Erklärung auf vergleichbare Rechtsvorschriften des Landes, in dem das Unternehmen niedergelassen ist. Ein Ausschluss des Unternehmens gemäß § 124 Abs. 1 Nr. 8 GWB kann erfolgen, wenn in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen wird, Auskünfte zurückgehalten werden oder der Bieter nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln. Zudem können wissentlich falsche Angaben in den nachfolgenden Erklärungen zu einer fristlosen Kündigung des Vertrages bzw. der Rahmenvereinbarung führen.*

1. Umsatz des Unternehmens in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, ggf. Angabe des Anteils bei Vorliegen von Bietergemeinschaften:

| Jahr | Umsatz in Euro |
|------|----------------|
|      |                |
|      |                |
|      |                |

**Ggf.** Begründung, wenn keine Angabe eines Umsatzes möglich ist:

2. Angaben zu Leistungen, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir in den letzten drei Jahren vergleichbare Leistungen ausgeführt habe/haben. Falls erforderlich und abgefordert, bin ich in der Lage, drei Referenzen aus den letzten drei Jahren mit mindestens den Angaben des Ansprechpartners, der Art der ausgeführten Leistung, Auftragssumme, Ausführungszeitraum zu benennen.

3. Angaben zu Arbeitskräften

Ich/Wir erkläre(n), dass mir/uns die für die Ausführung der Leistungen erforderlichen Beschäftigten zur Verfügung stehen. Falls erforderlich und abgefordert, werde ich/werden wir die Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Kalenderjahren jahresdurchschnittlich Beschäftigten angeben. Die für die Leistung vorgesehenen Personen werde ich/werden wir benennen.

4. Angabe zu Insolvenzverfahren und Liquidation

Des Weiteren versichere ich/versichern wir, dass ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren weder beantragt noch eröffnet wurde, ein Antrag auf Eröffnung nicht mangels Masse abgelehnt wurde und sich mein/unser Unternehmen nicht in Liquidation befindet. Sollte ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt sein, werde ich/wir diesen auf Verlangen unverzüglich vorlegen.

5. Angabe, dass nachweislich keine Verfehlung begangen wurde, die die Zuverlässigkeit in Frage stellt

Ich/Wir erkläre(n), dass für mein/unsere Unternehmen keine Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB (zwingende Ausschlussgründe) oder § 124 GWB (fakultative Ausschlussgründe) vorliegen und ich/wir in den letzten zwei Jahren nicht aufgrund eines Verstoßes gegen Vorschriften, der zu einem Eintrag im Gewerbezentralregister geführt hat, mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 Euro belegt worden bin/sind.

Ich/wir erklären, dass für mein/unsere Unternehmen keine Gründe vorliegen, die zu einem Ausschluss nach § 21 Arbeitnehmer-Entsendegesetz, nach § 98c Aufenthaltsgesetz, nach § 19 Mindestlohngesetz, nach § 21 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder nach § 22 Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz führen können, vgl. § 124 Abs. 2 GWB.

**Ggf.** Anmerkungen / Ergänzungen zu Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB (bspw. Vorliegen eines Ausschlussgrundes, Selbstreinigung):

***Hinweis:** Sofern einer oder mehrere Ausschlussgründe vorliegen, sind die näheren Umstände sowie, ob und gegebenenfalls welche Selbstreinigungsmaßnahmen i. S. d. § 125 Abs. 1 GWB (ggf. i.V.m. § 31 Abs. 2 S. 3 UVgO) durchgeführt wurden, auf einem gesonderten Blatt darzulegen und mit dem Angebot einzureichen.*

6. Angaben zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir meine/unsere Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit sie der Pflicht zur Beitragszahlung unterfallen, ordnungsgemäß erfüllt habe/haben.

Falls erforderlich und abgefordert, werde ich/werden wir eine Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen (soweit das Finanzamt derartige Bescheinigungen ausstellt) vorlegen.

7. Sonstiges

Mir/Uns ist bekannt, dass die jeweils genannten Bestätigungen/Nachweise zu den Erklärungen auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle innerhalb einer angemessenen Frist vorgelegt werden müssen. Sobald sich in Bezug auf die vorstehenden Erklärungen Änderungen ergeben, verpflichte ich/verpflichten wir uns, diese gegenüber der Vergabestelle unverzüglich anzuzeigen.

Ort, Datum

Name des Bieters/Stempel/Unterschrift  
 (Textform ausreichend)